

2015 womöglich neue Tafel für Wilhelm Piecks Rede

Nach der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum traf sich gestern auch wieder die Linke am Bodenreformdenkmal in Kyritz

Von Matthias Anke

Kyritz – Mit einer Gedenkplatte vor der Gorki-Straße 38 in Kyritz soll an den Start der Bodenreform 1945 erinnert werden. Dort hatte Wilhelm Pieck als KPD-Vorsitzender am 2. September 1945 in dem einstigen Gasthof „Zum Prignitzer“ verkündet, dass Besitz über 100 Hektar Land zu enteignen ist. Es war sodann an Neusiedler zu verteilen. Doch an der Stelle dieses Hauses, an dem schon zu DDR-Zeiten eine Bodenreform-Tafel angebracht war, befindet sich heute ein Neubau. Deshalb sei die Gedenkplatte besser davor zu platzieren. Darüber informierte Dieter Groß, Linken-Landtagsabgeordneter sowie Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung, gestern bei der Gedenkver-

anstaltung anlässlich des 69. Jahrestages. Sie erfolgte am Bodenreformdenkmal in der Perleberger Straße. Dieses steht dort seit 1985, seit dem 40. Jahrestag der Verkündung, die für die gesamte sowjetische Besatzungszone galt.

Den Antrag für die Tafel wollen die Linken in der Stadtverordnetenversammlung einbringen, bevor es 2015 dann 70 Jahre seit Beginn der Bodenreform sind. „Das wird nicht Thema unserer Partei, sondern der ganzen Stadt, und zwar eins, das ja differenziert bewertet wird“, sagte Holger Kippenhahn als Vorsitzender des Regionalverbands der Linken. Kippenhahn erinnerte an die Querelen beim Jubiläum vor zehn Jahren noch unter CDU-Bürgermeister Hans-Joachim Winter, als es gleich zwei große Veranstaltun-



Die Erinnerungstafel an Piecks Rede fehlt. Aber es steht seit 1985 ein Bodenreformdenkmal in Kyritz. Dorthin lud die Linke gestern ein. FOTO: ANKE

gen in der Stadt gab: im Kulturhaus und im Gymnasium.

Auch heute stehen sich die Linken und die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum wieder gegenüber. Diese hatte am Sonntag

an dem aus ihrer Sicht umgewidmeten Denkmal an 1945 erinnert.

Zudem initiierten sie als Bodenreformgegner ein Zeitzeugenprojekt an Schulen, was für Aufregung nicht nur unter den Linken

sorgt (MAZ berichtete). „Dass sich Ulrike Poppe als Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur vor den Karren spannen lässt, zieht einem die Schuhe aus“, sagte Dieter Groß. Seine Fraktion versuche, über das Bildungsministerium „einseitige Geschichtsdarstellung“ abzuwenden. Dem „Altadel“ liege „nur der Schmerz um den Verlust der eigenen Güter auf der Leber“. Die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann indes schlug den Bogen von der Reform bis in die Gegenwart zur Ukraine-Krise und anderen Kriegen sowie zum Landkauf über Aktiengesellschaften. Stets gehe es um Boden, der jedoch keine Ware sei wie jede andere, sondern geschützt gehöre. Es handle sich um eine Resource – wie Wasser und Luft.